

27/1/2016

Beschluss

Überweisung an: Landesvorstand

BbgBGG für politische Arbeit und zivilgesellschaftliches Engagement öffnen

Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert, das Gesetz des Landes Brandenburg zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (BbgBGG) dahingehend zu öffnen, dass politische Sitzungen (wie z.B. eine Ortsvereinssitzung einer demokratischen politischen Partei) oder Sitzungen von z.B. gemeinnützigen Vereinen und allgemein Sitzungen von ehrenamtlich Aktiven mit Verwaltungsverfahren gleichgestellt und als solche angesehen werden.

Beschlussfassung durch den SPD-Landesvorstand

Beschlussfassung steht aus